

FDP-Fraktion GGR
6300 Zug

Stadtkanzlei
Ivano De Gobi
Präsident des GGR
Stadthaus
CH-6300 Zug

Zug, 18.08.2026

Parlamentarischer Vorstoss GGR
Eingang : 19.08.26
Bekanntgabe im GGR : 15.09.2026

Interpellation: Ökologisierung des Wärmeverbunds Zuger Altstadt: Stillstand im Projekt, Vollgas bei der Preiserhöhung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Stadt Zug rühmt sich gerne ihrer Vorreiterrolle im Umweltschutz und trägt stolz das Label «Energistadt Gold». Doch mit Blick auf die Wärmeversorgung der Zuger Altstadt zeigt sich im Sommer 2026 ein anderes, ernüchterndes Bild: Ein Stillstand bei der ökologischen Wärmeversorgung, ungedeckte Leistungsversprechen und eine massive finanzielle Mehrbelastung der Bewohner und Gewerbetreibenden der Altstadt.

Die Ausgangslage: Gebrochene Ökologisierungsversprechen

Die Geschichte des Wärmeverbunds Zuger Altstadt ist von grossen Versprechungen geprägt. Per 1. Januar 2016 übernahm die WWZ den Wärmeverbund von der Stadt Zug. Bereits in der damaligen Verkaufsvereinbarung wurde als zentraler Eckpfeiler die Pflicht zur «Ökologisierung der Energiezentrale» Frauensteinmatt festgehalten. Das war vor über zehn Jahren.

Im Mai 2022 wurde das Projekt «Retrofit» an einer grossen Informationsveranstaltung unter der Mitwirkung des Stadtrats und der Stadtverwaltung den Liegenschaftsbesitzern vorgestellt. Das Ziel war klar: Der fossile Anteil der Energieerzeugung - der damals bei 95% Erdgas lag - sollte drastisch gesenkt werden. Die WWZ versprach, den erneuerbaren Energieanteil mittels einer neuen Seewasser-Wärmepumpe auf mindestens 60% (später vertraglich gar auf 80% im Normalbetrieb garantiert) zu erhöhen. Die Inbetriebnahme des umgebauten Werks wurde für Herbst 2026 in Aussicht gestellt. Die Stadt Zug unterstützte diese Kampagne aktiv, indem sie unter anderem den Eigentümern bei einem Umbau der Hausstationen nach WWZ-Vorgaben einen Förderbeitrag von CHF 2'500.00 auszahlte (befristet bis Ende 2022).



Die Gegenwart: Keine Baueingabe, aber Verdoppelung der Preise

Wir sind in der zweiten Jahreshälfte 2026. Bis zum vertraglich in Aussicht gestellten Inbetriebnahmetermin im Oktober 2026 verbleiben nur noch wenige Wochen. Die Realität ist jedoch ernüchternd: Bis zum heutigen Tag wurde für die neue, nachhaltige Energiezentrale nicht einmal eine Baueingabe eingereicht. Der Wärmeverbund läuft nach wie vor fast ausschliesslich mit den veralteten Gaskesseln 1 und 2 (installierte Leistung je 3'500 kW im Vergleich zu mageren 400 kW der bestehenden Wärmepumpe). Die Altstadt wird weiterhin mit 95% fossilem Erdgas beheizt.

Während die versprochene ökologische Gegenleistung komplett ausbleibt, wurden die Preise für die angeschlossenen Liegenschaften bereits drastisch erhöht. Die WWZ Netze AG hat die Grundpreise im Rahmen der neuen «Retrofit»-Verträge bereits angehoben:

Per 1. Oktober 2024 wurde der monatliche Grundpreis auf 13.00 CHF (netto) pro kW installierte Leistung etwa **verdoppelt**.

Die offizielle Begründung der WWZ für diese vorzeitigen Preiserhöhungen war, dass das Unternehmen «bereits Kosten für Umbau, Planung und Realisation» habe. Für die Altstadtbewohner und Gewerbetreibenden bedeutet dies eine massive finanzielle Mehrbelastung seit fast zwei Jahren; für eine Planungsleistung, die offensichtlich nicht einmal zu einer Baueingabe geführt hat.

Gleichzeitig bezahlen die Kunden weiterhin die vollen Arbeitspreise für fossiles Gas inklusive der stetig steigenden CO₂-Abgaben, da der versprochene erneuerbare Anteil von 80% in weiter Ferne liegt.

Stadt Zug durch ihre Doppelrolle in der Pflicht

Diese Situation ist nicht länger tragbar. Als Hauptaktionärin und mit zwei Vertretern im Verwaltungsrat der WWZ ist die Stadt Zug hier direkt in der Pflicht.

Die Ökologisierung war eine feste Bedingung des Verkaufs des städtischen Netzes im Jahr 2016.

Als FDP-Fraktion fordern wir Transparenz. Es darf nicht sein, dass Zuger Bürgerinnen und Bürger als treue Fernwärmekunden von einem staatsnahen Betrieb finanziell zur Kasse gebeten werden, während die versprochene ökologische Modernisierung jahrelang verschleppt wird.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Stadtrat den aktuellen Projektstand des Wärmeverbunds Zuger Altstadt (Mitte 2026 ohne eingereichte Baueingabe) im Vergleich zu den Zusagen und Pflichten, die beim Verkauf des Netzes per 1. Januar 2016 sowie bei der Lancierung des Projekts «Retrofit» im Jahr 2022 vereinbart wurden?
2. Welche Informationen lagen dem Stadtrat aufgrund seiner Vertretung im Verwaltungsrat über den Projektstand und die massiven Verzögerungen vor, und weshalb wurde die betroffene Öffentlichkeit nicht proaktiv informiert?
3. Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass die Erhöhung der Grundpreise per 1. Oktober 2024 unter der Begründung von «Umbau- und Realisationskosten» im Nachhinein ungerechtfertigt war,



da bis heute keinerlei bauliche Realisation stattgefunden hat? Wie setzen sich die Kosten zusammen, mit denen die WWZ die Grundpreiserhöhung rechtfertigt?

4. Im Energieliefervertrag (Ziff. 3.8) garantiert die WWZ ab dem 1. Oktober 2026 einen erneuerbaren Energieanteil von 80% im Normalbetrieb. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die vertraglich garantierte Quote ab 1. Oktober 2026 eingehalten wird, und welche Konsequenzen bzw. Kompensationen sind für den Fall vorgesehen, dass die Garantie nicht erfüllt werden kann (z.B. durch eine temporäre Senkung der Grundpreise und Arbeitspreise)?
5. Was sind die konkreten Ursachen für die Verzögerung, und welche Schritte wird der Stadtrat als Hauptaktionär und über seine Vertretung im Verwaltungsrat der WWZ unternehmen, damit die Baueingabe erfolgt und die zugesagte Ökologisierung umgesetzt wird?

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Fragen.

Für die FDP-Fraktion,
André Bliggenstorfer

